

An die Gemeinde	Aktenzeichen der Gemeinde	Eingangsstempel der Gemeinde
An die Bauaufsichtsbehörde	Aktenzeichen der Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde

Stellungnahme der Gemeinde
nach § 36 des Baugesetzbuches (BauGB),
§ 69 Absatz 1 und § 77 Absatz 1 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO)

- ☐ zum Bauantrag nach § 68 SächsBO
- ☐ zum Antrag auf Vorbescheid nach § 75 SächsBO
- ☐ zum Antrag auf Zustimmung nach § 77 SächsBO
- ☐ zum Antrag auf Ausnahme und/oder Befreiung nach § 31 BauGB
- ☐ zum Antrag auf Abweichung von örtlichen Bauvorschriften nach § 67 Absatz 1 SächsBO

1. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens:

2. Grundstück

Gemeinde, Ortsteil
Straße, Hausnummer
Gemarkung, Flurstücksnummer

3. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 30 BauGB

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 Absatz 1 BauGB).
Bezeichnung: _____ in Kraft getreten am: _____
Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen.
Reicht der auf dem Vordruck vorgesehene Raum für die erforderlichen Angaben nicht aus, verwenden Sie bitte ein gesondertes Blatt und legen Sie dieses dem Formblatt bei.

☐ **Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§§ 12, 30 Absatz 2 BauGB).**
Bezeichnung: _____ in Kraft getreten am: _____

Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans: ☐ ja ☐ nein

☐ **Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Absatz 3 BauGB).**
Bezeichnung: _____ in Kraft getreten am: _____

Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans: ☐ ja ☐ nein

Die Zulässigkeit richtet sich im Übrigen nach:
☐ § 34 BauGB ☐ § 35 BauGB (Die Nummern 4 und 5 sind entsprechend auszufüllen.)

4. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 34 BauGB

☐ Das Vorhaben liegt innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils.

☐ Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht folgendem Baugebiet nach der BauNVO (§ 34 Absatz 2 BauGB): _____

☐ Das Vorhaben ist nach der Art der baulichen Nutzung in dem Baugebiet allgemein zulässig.

☐ Das Vorhaben fügt sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung ein: ☐ ja ☐ nein

☐ Das Vorhaben wahrt die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse: ☐ ja ☐ nein

☐ Das Vorhaben beeinträchtigt das Ortsbild nicht: ☐ ja ☐ nein

☐ Von dem Vorhaben werden keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden erwartet: ☐ ja ☐ nein

☐ Das Vorhaben fällt unter § 34 Absatz 3a BauGB: ☐ ja ☐ nein

☐ Es liegt eine Satzung nach § 34 Absatz 4 Nummer ____ BauGB vor. Bezeichnung: _____

☐ Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen dieser Satzung: ☐ ja ☐ nein

5. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 35 BauGB

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Außenbereich.	<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines wirksamen Flächennutzungsplans.
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Absatz 1 Nummer ____ BauGB.	öffentliche Belange stehen entgegen: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (siehe Beiblatt)
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben fällt unter § 35 Absatz 2 BauGB.	öffentliche Belange werden beeinträchtigt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (siehe Beiblatt)
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben fällt unter § 35 Absatz 4 Nummer ____ BauGB.	öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Absatz 4 BauGB genannten, werden beeinträchtigt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (siehe Beiblatt)
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Absatz 6 BauGB.	

6. Zulässigkeit des Vorhabens nach § 33 BauGB

<input type="checkbox"/> § 33 Absatz 1 und 2 BauGB	<input type="checkbox"/> § 33 Absatz 3 BauGB
Bezeichnung des Bebauungsplans:	
Das Vorhaben steht den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans nicht entgegen: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt. Eine Erklärung nach § 33 Absatz 1 Nummer 3 BauGB liegt bei: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Die Beteiligung nach § 33 Absatz 3 BauGB wurde durchgeführt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

7. Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB

Bezeichnung der Ausnahme/Befreiung:	
Das Einvernehmen wird erteilt	
<input type="checkbox"/> zur Ausnahme nach § 31 Absatz1 BauGB: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	zur Befreiung nach § 31 Absatz 2 BauGB: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

8. Veränderungssperre, Zurückstellung nach §§ 14, 15 BauGB

<input type="checkbox"/> Für das Gebiet wurde eine Veränderungssperre beschlossen: <input type="checkbox"/> ja, in Kraft getreten am: _____	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Zur Ausnahme von der Veränderungssperre wird das Einvernehmen erteilt: (Gründe siehe Beiblatt)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Eine Zurückstellung nach § 15 BauGB wird beantragt bis zum: _____	

9. Örtliche Bauvorschriften (§ 89 SächsBO)

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgender Bauvorschriften nach § 89 SächsBO:	
Bezeichnung:	in Kraft getreten am: _____
Bezeichnung der beantragten Abweichung/en:	
Das Einvernehmen wird erteilt: (Gründe siehe Beiblatt) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

10. Lage der baulichen Anlage im Gelände

<input type="checkbox"/> ebenes Gelände <input type="checkbox"/> Hanglage <input type="checkbox"/> die Geländeoberfläche soll festgesetzt werden
--

11. Zufahrt

<input type="checkbox"/> Das Grundstück liegt in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Die öffentliche Verkehrsfläche ist befahrbar bis: _____ t. Die öffentliche Verkehrsfläche ist nutzbar ab: _____	
<input type="checkbox"/> Das Grundstück ist über eine Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche erschlossen:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Die Zufahrt ist nicht gesichert.	

12. Trinkwasserversorgung

☐ Die Trinkwasserversorgung ist gesichert durch: _____

☐ Die Trinkwasserversorgung ist gesichert ab: _____

☐ Die Trinkwasserversorgung ist nicht gesichert.

13. Abwasserbeseitigung

☐ Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ist gesichert durch: _____

☐ Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ist gesichert ab: _____

☐ Die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung ist nicht gesichert.

14. Löschwasserversorgung

☐ Die Löschwasserversorgung ist gesichert durch: _____

☐ Die Löschwasserversorgung ist gesichert ab: _____

☐ Die Löschwasserversorgung ist nicht gesichert.

15. Schutzgebiete

Das Grundstück liegt im:

☐ Naturschutzgebiet nach § 14 SächsNatSchG (zu § 23 BNatSchG)

☐ Landschaftsschutzgebiet nach § 26 BNatSchG

☐ Wasserschutzgebiet nach § 46 SächsWG (zu den §§ 51 und 52 WHG)

☐ Überschwemmungsgebiet nach § 72 SächsWG (zu den §§ 76 bis 78 WHG)

☐ Hochwasserentstehungsgebiet nach § 76 SächsWG

☐ Überschwemmungsgefährdetes Gebiet nach § 75 SächsWG (zu § 76 Absatz 1 WHG)

☐ sonstiges Schutzgebiet (Bezeichnung): _____

16. Anforderungen auf Grund von Satzungen der Gemeinde

☐ Erhaltungsgebiet nach § 172 BauGB ☐ Denkmalschutzgebiet ☐ Stellplatzsatzung ☐ Gehölzsatzung

☐ sonstige

Bezeichnung:

17. Sonstige Angaben

☐ Das Vorhaben liegt in einem Umlegungsgebiet nach § 52 BauGB.

☐ Das Vorhaben liegt in einem Sanierungsgebiet nach § 142 BauGB.

☐ Das Vorhaben liegt in einem Gebiet einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach § 165 BauGB.

☐ Das Vorhaben liegt im Achtungsabstand eines Störfallbetriebes.

Bezeichnung:

18. Schlussfeststellung

Das Bauvorhaben wurde behandelt
<input type="checkbox"/> mit Beschluss vom: _____ <input type="checkbox"/> als Angelegenheit der laufenden Verwaltung.
Einvernehmen nach § 36 BauGB:
<input type="checkbox"/> Das Einvernehmen der Gemeinde wird erteilt. <input type="checkbox"/> Das Einvernehmen der Gemeinde wird nicht erteilt. Versagungsgründe sind auf einem gesonderten Blatt beigefügt.
Stellungnahme nach § 69 Absatz 1 SächsBO:
<input type="checkbox"/> Die Gemeinde stimmt dem Vorhaben zu. <input type="checkbox"/> Die Gemeinde stimmt dem Vorhaben nicht zu. Einwendungen gegen das Vorhaben sind auf einem gesonderten Blatt beigefügt.
Stellungnahme nach § 77 Absatz 1 SächsBO:
<input type="checkbox"/> Die Gemeinde stimmt dem Vorhaben zu. <input type="checkbox"/> Die Gemeinde widerspricht dem Vorhaben. Die Gründe sind auf einem gesonderten Blatt beigefügt.

19. Unterschrift

Datum, Unterschrift
